

srijeda, 14.4.2004.

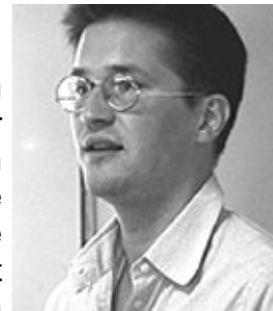
RAZGOVOR Gerald KNAUS, DIREKTOR EUROPSKE INICIJATIVE
ZA STABILNOST (ESI) U BERLINU

Interview mit Gerald Knaus, Direktor der European Stability Initiative (ESI) in Berlin **Bosnien-Herzegowina braucht Kantonisierung**

Gerald Knaus ist Direktor der European Stability Initiative (ESI), einer angesehenen Denkfabrik mit Sitz in Berlin und Vertretungen in verschiedenen Balkanländern. Die ESI-Mitglieder sind jung, drängen darauf, die Politik auf dem Balkan zu verändern und haben alle eine Zeitlang in der Region gearbeitet – bei der EU, der UNO, der OSZE, im diplomatischen Dienst oder als Korrespondenten von Zeitungen. In unserem Gespräch bewertet der Österreicher Knaus die Rolle der internationalen Staatengemeinschaft in Bosnien-Herzegowina, nennt Lösungsvorschläge für eine zukünftige Neuordnung dieses Landes und bewertet die EU-Beitrittchancen Kroatiens.

Wie geschickt hat sich Ihrer Meinung nach die internationale Gemeinschaft in Bosnien verhalten?

■ Wenn man die Rolle der internationalen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina beurteilen möchte, muß man eine Unterscheidung treffen zwischen den direkten Nachkriegsproblemen und den Herausforderungen, die sich v.a. in letzter Zeit in Bosnien stellten. Was Nachkriegsprobleme wie die Entwaffnung etlicher paramilitärischer Einheiten oder die Linderung der humanitären Katastrophe betrifft, denke ich daß die internationale Gemeinschaft große Erfolge erzielen konnte. Die Herausforderungen, die sich heute stellen, haben allerdings nicht mehr viel mit der Nachkriegszeit zu tun. Die internationalen Organisationen in Bosnien sind nicht wirklich in der Lage, diese Probleme zu lösen.



Sie werfen dem Hohen Repräsentanten Paddy Ashdown sogar koloniale Herrschaftsmethoden vor?

■ Es handelt sich um eine grundsätzliche Kritik an der Struktur des Büros des Hohen Repräsentanten, von der wir behaupten, daß sie in der derzeitigen Situation und vor dem Hintergrund einer Stabilisierung und Befriedung Bosniens, nicht mehr gerechtfertigt ist. Eine Situation, in der eine ausländische Behörde in der Lage ist, per Dekret Gesetze an gewählten Institutionen vorbei in Kraft zu setzen, per Dekret gewählte Politiker, aber auch Richter und Staatsanwälte zu entlassen, ist das Gegenteil von dem, was Bosnien heute bräuchte. Bosnien braucht eine Stärkung seiner demokratischen Institutionen und Respekt vor diesen Institutionen. Es ist eine Illusion, daß internationale Technokraten in der Lage sind, die Probleme durch autoritäre Methoden zu lösen.

Wie sollte das heutige Engagement der internationalen Gemeinschaft in Bosnien Ihrer Meinung nach aussehen?

■ Es sollte vergleichbar dem Engagement in Rumänien oder Bulgarien sein. Mit einem ähnlich intensiven Engagement der Europäischen Union in Bosnien würde man viel mehr erreichen. In Bulgarien und Rumänien wird etwa ein Großteil der neuen Gesetze in den jeweiligen Parlamenten bereits auf einen EU-Beitritt ausgerichtet. Aber niemand zwingt die Parlamente dies zu tun. Alles muß über die demokratischen Institutionen des Landes laufen.

Fast zehn Jahre nach den Verträgen von Dayton wird immer öfter über deren Revidierung diskutiert. Was halten Sie davon?

■ Ich bin der Meinung, daß man die Diskussion über die Dayton-Verträge viel sachlicher führen muß. Meistens bezieht man sich ja auf das Annex 4 über die bosnische Verfassung. Die entscheidende Frage ist, was konkret an dieser Verfassung geändert werden muß und wie man eine solche Veränderung vorantreiben kann. Meiner Meinung nach gibt es hierfür nur zwei Möglichkeiten: ein internationales Dekret oder eine Kompromisslösung. Eine auferlegte Entscheidung von der internationalen Gemeinschaft würde den Status Bosniens als Demokratie und Mitglied des Europarates enorm zurückwerfen. Ich bin davon überzeugt, daß in Bosnien ein Kompromiss zwischen den gewählten Vertretern des Landes möglich ist und daß es eine Chance gibt, einen Weg für eine Verfassungsänderung zu finden, von der alle profitieren.

Solange die Diskussion allerdings abstrakt bleibt und von Seiten der Föderation gesagt wird, uns stört die Existenz der Republika Srpska an sich, kommt man nicht weiter. Territorium ist heutzutage keine wichtige Kategorie mehr. Sehen Sie, die Republika Srpska liegt wirtschaftlich am Boden, Bosnien und Herzegovina leidet unter einem unglaublichen Bevölkerungsschwund, es gibt keine Arbeitsplätze. Die konkreten Probleme müssen gelöst werden.

Eine der Thesen des ESI, die am meisten Staub aufgewirbelt hat, war der Vorschlag einer Kantonisierung Bosniens, den vor einiger Zeit auch schon kroatische Politiker wie Dražen Budiša geäußert haben?

■ Richtig. Wir haben uns die Frage gestellt, wie eine fundamentale Reform vor dem Hintergrund eines notwendigen Konsensus zwischen den Parteien in Bosnien heute überhaupt möglich ist. Der vielversprechendste Ansatz, den wir nach vielen Gesprächen mit Politikern aller Seiten gefunden haben, ist, auf dem jetzigen System aufzubauen, es aber gleichzeitig in eine funktionierende europäische Föderation umzuwandeln. Der entscheidende Schritt dazu wäre, eine Regierungsebene, die niemand verteidigt, radikal in Frage zu stellen und stattdessen ein Bosnien mit zwölf föderalen Einheiten zu bauen. Diese Einheiten bestehen im Grunde bereits in Form der zehn Kantone, des Distrikts Brčko und der Republika Srpska. Durch die Kantonisierung könnte man eine klare föderale Struktur erhalten, Kompetenzen des Gesamtstaates regeln und ein europäisches Modell einer föderalen Verfassung in Bosnien verwirklichen.

Auf kroatischer und auch auf bosniakischer Seite sind wir mit diesem Vorschlag auf großes Interesse gestoßen. Die Skepsis in der RS richtete sich v.a. auf die territoriale Einheit und die zukünftigen Kompetenzen der RS. Vielleicht ist noch nicht der richtige

Zeitpunkt für eine solche Reform. Es ist aber wichtig, daß darüber diskutiert wird. Wenn den bosnischen Politikern klar wird, daß es keine fundamentale von oben aufgezwungene Verfassungsreform geben wird, wenn der Hohe Repräsentant seine Macht abgibt und Bosnien auf sich alleine gestellt ist, werden pragmatische Lösungen viel attraktiver werden.

Sehen Sie in Bosnien eine besondere Gefahr für Europa heranwachsen, was den islamistischen Terrorismus betrifft? Angeblich sollen die Verantwortlichen für den Anschlag in Madrid in Bosnien ausgebildet worden sein?

■ Es gibt keinen Zweifel, daß einige islamistische Terroristen sich in den letzten Jahren in Bosnien aufgehalten haben und dort auch schon während dem Krieg waren. Aber Terrorzellen gab und gibt es auch in Italien, Spanien oder Deutschland. Das Problem des islamistischen Terrors ist ein europäisches Problem, dem die Europäer auch gemeinsam begegnen sollten. Das Bild, das viele im Westen haben, vom Balkan als einem Nest für islamistischen Terror, organisierte Kriminalität, Korruption etc. ist meiner Ansicht nach irreführend.

Slowenien wird am 1. Mai als erstes Land des ehemaligen Jugoslawien der EU beitreten. Wie schätzen Sie die Beitrittchancen der anderen Länder, v.a. Kroatiens ein?

■ Kroatien hat im Grunde nur ein Problem: Das ist der Widerstand einer kleinen Gruppe von europäischen Ländern, die Verhandlungen mit Kroatien aufzunehmen, bevor das Problem mit General **Gotovina** gelöst ist. Wenn das Problem mit der Zusammenarbeit mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal geklärt ist, steht der Aufnahme von Verhandlungen mit Kroatien nichts mehr im Wege. Das wäre ein unglaublich wichtiges und positives Signal für Kroatien und für die ganze Region.

Gerhard Schröder sagt, man könne den Beginn der Verhandlungen nicht an die Auslieferung Gotovinas binden, da Kroatien gar nicht weiß wo sich der General aufhält? Für wie realistisch halten Sie 2007 als angestrebtes Beitrittsjahr für Kroatien?

■ Der Schlüssel für Verhandlungen mit Kroatien liegt im Moment ganz klar bei **Carla del Ponte**. Was das Beitrittsjahr betrifft, glaube ich nicht, daß die Probleme in Kroatien im Bereich der Verwaltung oder der Wirtschaft gravierender sind, als dies zum Zeitpunkt des Beginns der Beitrittsverhandlungen in Rumänien oder Bulgarien der Fall war. Generell kann man jedoch nur schwer abschätzen, wie lange die Verhandlungen dauern werden. Das konkrete Beitrittsdatum ist auch nicht so entscheidend. Wichtig ist, daß sich das Land auf dem richtigen Weg befindet.

Inwieweit wird Kroatiens Beitritt von der Situation in der Region abhängen?

■ Ich glaube, daß es für Kroatien von Interesse ist, daß noch zumindest ein anderes Land des ehemaligen Jugoslawien bald auf den Erweiterungszug aufspringt. Das könnte beispielsweise Mazedonien sein, da die EU dort ein großes Interesse an der Stabilisierung der politischen Situation hat.